

Orangefarbene Bank als Zeichen gegen Gewalt

Seit Anfang dieses Jahres ist Franziska Matt Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Osnabrück. Das war für die Vorstandsmitglieder des LandFrauen Kreisverbandes Osnabrück jetzt der passende Anlass, Frau Matt viel Erfolg für ihre Arbeit auf Landkreisebene zu wünschen und zugleich eine orangefarbene ‚Wanderbank‘ an den Start zu bringen. Seit dem 19. Januar steht sie nun im Foyer des Hauptgebäudes des Landkreises Osnabrück und wird für einige Wochen dort einladen, sich hinzusetzen und ins Gespräch zu kommen.

Was hat es nun mit der orangefarbenen Bank auf sich? Sie ist deutlich sichtbares Zeichen „Hier ist kein Platz für Gewalt an Frauen und Mädchen“.

Die Vereinten Nationen (UN) haben 1999 den 25. November als weltweiten Gedenktag initiiert, der ein öffentliches Bewusstsein dafür schaffen soll, dass Frauen in besonderem Maße von Gewalt betroffen sind und „Orange“ ist die offizielle Kampagnenfarbe der UN.

Statistiken besagen, dass in Deutschland jede dritte Frau in ihrem Leben einmal Opfer von Gewalt wird. Dabei beginnt Gewalt nicht erst mit Schlägen. Auch Bedrohungen, Beschimpfungen, Belästigungen sind Formen von Gewalt. Sie betrifft Menschen aller sozialen Schichten und jeden Alters - Zuhause, in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz oder online.

„Wir sind der Überzeugung, dass dieses Thema nicht auf den Antigewalttag begrenzt sein kann, sondern ständig präsent sein sollte.“ erläuterte Almut Detert die Intention der Osnabrücker LandFrauen. „Dazu wird diese Bank in den kommenden Monaten auch als Statement auf Wanderschaft in die Kommunen gehen“

Im anschließenden Gespräch mit Landrätin Anna Kepschull, dem Gleichstellungsteam Franziska Matt und Marion Plogmann und den LandFrauen wurden neben der Gewaltthematik noch viele weitere Anliegen erörtert. „Es geht nicht allein darum, Aufmerksamkeit für eine Bedrohungslage zu schaffen. Es geht auch um die Frage, mit welchen Mitteln diese beseitigt werden kann und den betroffenen Frauen zu vermitteln, dass ihre Situation wahrgenommen wird.“ so Landrätin Anna Kepschull.